

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 722.6. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72.01

Insertenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamezettel 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

„Fachminister“

Demagogie im Reichstag

Berlin, 8. März.

Unter dem Schrei „Fachminister“ an die verantwortlichen Stellen des Staates, wurde der Rapp-Butsch inszeniert, und bei jeder neuen Bildung eines Reichskabinetts haben die Deutschnationalen immer wieder diesen Ruf erhoben. Seit den Dezemberwahlen von 1924 haben sie nun zweimal an der Regierung teilgenommen, um den Schrei nach Fachministern endlich verwirklichen zu können. Die Betreuung der Innenpolitik war dereinst das unveräußerliche Privileg der Konservativen. Als nun ihren Nachfolgern unter dem neuartigen gepinselten Firmenschild der Deutschnationalen Volkspartei das Innenministerium in die Hände fiel, da fanden sie keinerlei Rat. Zulezt wählte Graf Westarp in seiner Verzweiflung denjenigen aus, der ihm als nächster in die Arme lief. Das war der im Rapp-Butsch gestraufelte Landrat und Rittergutsbesitzer Herr v. Reudell. Er wurde dann zum „Fachminister“ ausgerufen, mit dem Erfolg, daß selbst seinen besten Freunden die Haare längst zu Berge stehen. Reudell ist der größte Verfallener in den neun Ministerien seit Gründung der Republik.

Das ergab sich im Verlaufe all der politischen Affären, in die Herr v. Reudell während seiner einjährigen Dienstzeit so reich verwickelt war. Der Fachminister mußte von seinen Räten gekostet werden. In seinen Räumen sammelten sich die unerledigten Akten zur Gaurisankarhöhe an. Seine vollkommene Unfähigkeit hat der „Fachminister“ bei den Debatten im Haushaltsausschuß über seinen Etat erneut dargestellt. Was er da über die Flaggfrage, den Gewissenszwang der Beamten, über die Kulturprobleme und über

Duende von anderen Dingen gestammelt hat, war so außerordentlich „eindrucksvoll“, daß der „Fachminister“ im allgemeinen Lärm zulezt überhaupt nicht mehr zu verstehen war. Zulezt wurde im Plenum des Reichstages die Frage der „Fachminister“ in aller Breite aufgeworfen. Die Debatte entspann sich um den Verkehrsminister, Herrn Dr. hon. c. Koch, dessen fachmännische Qualitäten am Tage vorher vom volksparteilichen Abgeordneten Mittelmann angezweifelt worden waren. Darob entspann sich nun ein grotesk wirkender häuslicher Streit zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei. Ausgesprochen einer der Hauptstreiter der Westarpratation, Dr. Quack, der bis zu den Wahlen im Mai 1924 der Volkspartei zugehörte, griff all die Argumente auf, die bisher von der Sozialdemokratie im Kampf um die Fachminister ins Feld geführt worden waren. Und ausgesprochen der Volksparteiliche Mittelmann hielt den Deutschnationalen in seiner Antwortnote den Spiegel vor. Welcher Hohn ist sonst über alle Minister ausgeschüttet worden, die aus den Kreisen der Arbeiter kamen. Wie viele wurden niedergeheißt gerade in Sachen, allwo die volksparteilichen Leipziger Neuesten Nachrichten im Vordergrund dieses Kampfes standen.

Nun aber verneigt sich Herr Dr. Quack vor dem Ehrendoktorhut, der Herr Koch wegen seiner Verdienste in der Ruhrkampagne verliehen worden ist. Und Herr Koch besitzt die Qualitäten des Fachministers wie sein Kollege, Herr v. Reudell, dem alle Wege offen standen und der dennoch ein allerseits unbestrittener großer Verfallener ist. „Es ist manchmal gut, wenn der Minister kein Fachmann ist“, hieß es dereinst auf der linken Seite. Nun sind die Deutschnationalen zu der gleichen Erkenntnis gelangt. Die Erfahrungen waren freilich niederdrückend. Spät kommt ihr, doch ihr kommt...

beklagen, denn sie hätten ja der Daseinssetzung der Reichsbahn zugestimmt. Als die 750 000 deutschen Eisenbahner der Fuchtel der Franzosen ausgeliefert wurden, haben die Gewerkschaften nicht einen Finger gerührt; als aber Rathenau erschossen wurde, haben sie wegen dieses einen toten Juden den Generalkrieg proklamiert. (Lebh. Entrüstungsgedebungen, Rufe: „Unerschämter Hege!“ — Präsident Webe ruft den Redner zweimal zur Ordnung.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.). Er habe nicht den von ihm geschätzten Dr. Koch persönlich treffen wollen, sondern nur seine Tätigkeit als Verkehrsminister. Sehr interessant war mir, so fährt der Redner fort, die Bemerkung des Abg. Dr. Quack, daß es weniger auf die Schulbildung ankomme als auf die Schule des Lebens. Ich habe dazu aus vollem Herzen Bravo! und sehr richtig! gerufen, denn das ist auch mein Standpunkt. Herr Dr. Quack hat aber diesen Standpunkt nicht immer eingenommen (Sehr wahr! links). Ich erinnere daran, wie er und die Deutschnationalen über den „Sattlergesellen“ Ebert und den „Schlosser“ Severing hergefallen sind (Lebh. Zustimmung links). Wie sie sich entsetzt haben, wenn ein Arbeiterkandidat Landrat wurde. (Sehr wahr! links.) Ich habe die Heranziehung tüchtiger Arbeiter zu solchen Posten immer begrüßt. So weit gehe ich allerdings nicht, daß ich fachmännische Qualitäten für überflüssig oder gar schädlich bei einem Minister halte. So hat auch Herr Dr. Quack nicht gedacht, als er Mitglied unserer Fraktion war; das hat er erst bei den Deutschnationalen gelernt (Heiterkeit).

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärt, er wolle auf diesen Streit um seine Person nicht eingehen. (Zuruf des Abg. Dr. Reichsheim (Soz.)). — Es wirkt eigenartig, wenn ein sozialdemokratischer Doktor sich in den Chorus mischt. Die sozialdemokratische Presse hat in dieser Beziehung auch manches getan, dessen sie sich später schämen wird.

Um 17.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 14. März, verlegt.

Die Dauerkrise in Mecklenburg-Strelitz

WTB Neustrelitz, 8. März.

In der heutigen Sitzung des Landtags gab Staatsminister v. Reibnitz im Namen des Staatsministeriums eine sehr eingehende Erklärung über das Programm der neuen Regierung ab. Im Anschluß daran kam der von Deutschnationalen, Demokraten und Handwerkern in der vorigen Sitzung eingebrachte Wirtschaftsantrag gegen die beiden neuen Staatsminister zur Abstimmung. Dem Minister Freiherrn v. Reibnitz wurde das Vertrauen mit 19 gegen 16 Stimmen, dem Minister Dr. Heipert mit 18 gegen 16 Stimmen versagt. Nach längerer, sehr erregter Debatte wurde der Antrag der Deutschnationalen, den beiden Ministern die Weiterführung der Geschäfte zu entziehen, mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Der Kampf um den Verkehrsminister

Deutschnationale gegen Volkspartei

Berlin, 8. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 13 Uhr. Die zweite Beratung des Verkehrs-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Giesberts (Ztr.) bezeichnet es als falsche Sparjamkeit, wenn beim Ausbau der Verkehrsmittel gespart wird. Der Reichsbahn müßten die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die zum Ausbau ihrer Betriebsmittel, vor allem zur Verbesserung des Wagenmaterials notwendig sind. Eine Ermäßigung der Gülertarife werde nur möglich sein, wenn bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur die Einnahmen der Reichsbahn sich steigern. Die Straßen müssen so verbessert werden, daß sie den sich täglich steigenden Lastkraftwagen-Verkehr ertragen können, sonst fügen eines Tages in kleinen Orten die dauernd erschütterten Häuser zusammen.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) vermißt bei der Verkehrspolitik des Reiches ein klares Ziel. Die in der Luft liegende Tarifserhöhung der Reichsbahn würde verhängnisvoll für die Wirtschaft sein. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die Reichsbahn auf dem Anselwege Mittel für die dringenden Beschaffungen erhält, damit ihre Einrichtungen nicht verwaisten. Ueber den Mittelstandes sei festzustellen, daß keine Verständigung zwischen Reich und Preußen erzielt worden.

Abg. Dr. Quack (Dtn.) wendet sich gegen die geistige Bemerkung des Abg. Dr. Mittelmann gegen den Verkehrsminister, daß mit dem Amt nicht das nötige Wissen übertragen worden sei und daß deswegen seit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Krohne das Verkehrsministerium in der Schätzung der Öffentlichkeit verloren habe. Hierzu erklärt Abg. Dr. Quack: Es kommt nicht darauf an, welche Schule ein Mann durchläuft, sondern wie er sich in der Schule des Lebens bewährt. (Beifall d. Dtn. u. links.) Ich kenne keinen häßlicheren Hochmut als den Hochmut der Bildung (erneute lebh. Zustimmung links). Was die wissenschaftliche Bedeutung betrifft, so hat der jetzige Verkehrsminister den Ehrendoktorhut einer Unversität erhalten, eine Auszeichnung, auf die Sie, Herr Dr. Mittelmann, wohl noch sehr lange werden warten müssen (Heiterkeit). Den früheren Minister Dr. Krohne habe ich in jeder Weise unterstützt. Um so mehr hätte man von Dr. Mittelmann eine gewisse Courtoisie gegen seinen Nachfolger erwarten müssen. Gerade bei der Beteiligung an den Kraftverkehrsverhandlungen und bei anderen von Dr. Mittelmann besonders scharf kritisierten Dingen hat der jetzige Minister nur die Politik seines Vorgängers fortgesetzt. Es ist manchmal recht gut, wenn der Minister kein Fachmann ist. Es war von Dr. Mittelmann also möglich, die Parallele zu ziehen zwischen Dr. Krohne und dem jetzigen Minister, dessen erfolgreiche Tätigkeit wir übersehen können (Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): „Ein schöner Rekorlog!“). Wir sind gar nicht bestrebt, noch lange von dieser Stelle aus zu regieren, wir möchten recht bald hier so statische Personifikationen sehen wie Sie, Herr Dr. Breitscheid (Heiterkeit).

Abg. Giesche (Komm.) nennt den Minister den Subventionsminister, von dem die kapitalistischen Unternehmungen sagen konnten: „In seinen Augen hat er so was Gutes, wenn man von ihm was haben will, er tut es!“ (Heiterkeit.) Von diesen Subventionen habe leider das Reichsbahnpersonal nichts gehabt. Der Redner kritisiert dann eingehend die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Eisenbahnpersonals.

Abg. Molath (Wirtsch. Bgg.) begrüßt es, daß die Reichsbahn-

gesellschaft dem Reichstag Gelegenheit gegeben habe, durch die Besprechung mit einem Interfraktionellen Ausschuss wertvolle Einblicke, vor allem in finanzwirtschaftlicher Beziehung, zu erhalten. Der Redner wendet sich gegen die Uebertragung von Bahnhofsverwaltungen an die Mitropa.

Abg. Dauer (Bagr. Sp.) fordert einen Ausbau der bahnrischen Bahnlinien. Es sei erfreulich, daß eine Tarifserhöhung nicht beabsichtigt ist.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) meint, die übrigen Parteien hätten kein Recht, sich über die Verhältnisse bei der Reichsbahn zu

Der Berliner Elektro-Kampf

Schlichtungskomödie

Arbeiter und Techniker solidarisch

Die Erklärung der Metallarbeiter-Vertreter, daß dieses „Monstrum von Schiedspruch“, das am Mittwoch im Berliner Werkzeugmacherverbund gefaßt wurde, unannehmbar sei, hat sich inzwischen zu dem Beschluß verdichtet, den Schiedspruch abzulehnen. Die Unternehmer dagegen haben den Schiedspruch angenommen, und der Schlichter von Groß-Berlin, der Reichswirtschaftsminister a. D., Freigewerkschafter und Parteigenosse Rudolf Wissell, hat die Parteien für den heutigen Freitagvormittag zu neuen Einigungsverhandlungen eingeladen.

Die Verbindlichkeitsklärung würde, wenn die Ausführungen des Vorwärts dazu einen Sinn haben sollen, unbedingt eine offene Stellungnahme der Schlichtungsinstanz zugunsten der Unternehmer bedeuten. Juristisch soll eine Verbindlichkeitsklärung eigentlich überhaupt nicht möglich sein. Die Erklärungen, die aber die Bossische Zeitung dazu abgibt, lassen erkennen, was denn nun eigentlich hinter der ganzen Schlichtungsgeschichte in diesem Falle steckt. Die Boss ist der Meinung, daß die Verbindlichkeitsklärung „in diesem etwas kompliziert liegenden Fall die Verhandlungssform regelt, in der die Lohnfrage weiter behandelt werden soll“ und daß sie damit „für beide Parteien einen Verfahrens-wang“ schafft. Diese formale Bedeutung hatte der Schiedspruch überhaupt. Und darin liegt ein offener Hohn gegenüber den Werkzeugmachern.

Nach dem Schiedspruch, der selbst keinerlei Lohnfestsetzungen vornahm, soll in den Betrieben über die Löhne verhandelt werden. Diese „Entscheidung“ ist zustande gekommen durch die Stimmabgabe von zwei der drei in diesem Schiedsverfahren tätigen „unparteilichen Beisitzer.“ Für diese „Entscheidung“ stimmten der Gewerberat Körner und der Minister a. D. Köth, dagegen stimmte der Genosse Robert Schmidt. Da die Uebereinstimmung zwischen Körner und Köth vorauszusetzen und die Einstellung Körners vorweg bekannt war, so liegt das Komödien-spiel ziemlich klar. Die Schlichtungsverhandlungen waren aber um so mehr ein Komödienpiel, als die Empfehlung, in den Be-

trieben über die Lohnfrage zu verhandeln, vollständig die Tariffrage ignorierte, daß dies schon zweimal, und zwar jedesmal erfolglos geschehen ist.

Es ist schon so, daß die im Verein Berliner Metallindustrieller tonangebenden Elektrofirmer unter keinen Umständen tarifmäßige Abmachungen wollen. Einer der Wortführer der Elektrofirmer, der Minister a. D. von Raumer, hat noch erst am Montag im Reichstag einen Tarifvertrag für die Elektrowirtschaft als ein Übel erklärt. Also die Elektrofirmer wollen keine tarifmäßigen Abmachungen. Ihnen gegenüber hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband wirklich ein außerordentliches Maß von langmütiger Verhandlungsbereitschaft bewiesen. Das nach dem Scheitern so vieler Verhandlungen durchgeführte Schlichtungsverfahren durfte deshalb, wenn man nicht eine Arbeiterfeindschaft des Schlichtungswesens mit geradezu brutaler Deutlichkeit demonstrieren wollte, nicht ohne eine Lohnfestsetzung enden. Aber wie gesagt, es endete trotzdem mit dem in der L. B. bereits mitgeteilten Schiedspruch, der den Metallarbeitern materiell in keiner Weise voranhielt, ihre Kampffreiheit aber in unerträglicher Weise behindern soll.

Nun ist eine beträchtliche Ausdehnung des Kampfes zu erwarten. Weitere Werkzeugmacher werden aus den Betrieben gezogen, weitere Arbeiter werden von den Firmen der Berliner Metallindustrie auf die Straße gesetzt werden. Der Vorwärts ist der Meinung, daß die Zahl der zum „Feiern“ kommenden Arbeiter 200 000 betragen wird und daß indirekt noch weitere Zehntausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein werden.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat in einer großen Kundgebung bereits die Parole ausgegeben: „Arbeiter und Angestellte gehören in eine Front!“ In einer Erklärung versichern die Mitglieder des Bund, daß sie den von den Berliner Werkzeugmachern geführten Kampf als den ihren betrachten und „Streikarbeit jeder Art unter allen Umständen ablehnen“ werden. Die Unternehmer, die in der Bezahlung keinen Unterschied machen zwischen dem Mann an der Wertbank und Maschine und dem, der im technischen Bureau am Reißbrett steht, sollen die Auswirkungen in kräftigen Solidaritätsbeweisen der technischen Angestellten zu spüren bekommen.